



Demokratie in den Kinderschuhen Entwicklungen im Ersten Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg brachte Elend und Leid über die deutsche Bevölkerung, verfassungspolitisch ebnete er dem wilhelminischen Kaiserreich aber auch den Weg in die Demokratie – wenn auch nur für kurze Zeit. Die Kriegssituation wirkte innerhalb dieses Demokratisierungsprozesses als Katalysator für...

...die politische Meinungsbildung

Um 1900 war die innenpolitische Lage im Deutschen Kaiserreich angespannt. Den modernen Entwicklungstendenzen in Industrie und Wirtschaft stand ein konservatives Staatssystem gegenüber, in welchem Kaiser und Militär zentrale Positionen einnahmen. Vor diesem Hintergrund zogen gesellschaftliche Spannungen eine allmähliche Politisierung der Bevölkerung und die Bildung von Reformbewegungen nach sich. Für viele markierte der Beginn des Krieges daher einen Wendepunkt. Politiker, Militärs, Intellektuelle und andere Bevölkerungsgruppen nahmen ihn zum Anlass, neue, zum Teil höchst illusionäre Reformvorschläge zu veröffentlichen. Dabei wurden die konkreten Kriegsziele innerhalb des neuen „politischen Massenmarktes“ (H. Rosenberg) ebenso diskutiert wie die soziale Frage und die Vision, wie Deutschland nach dem Krieg zu organisieren sei. In den Jahren 1914 bis 1918 und darüber hinaus standen sich daher zutiefst divergierende Meinungen gegenüber, die zwar kaum miteinander vereinbart werden konnten, auf gesellschaftlicher Ebene jedoch in hohem Maße zur politischen Meinungsbildung beitrugen.

...die rechtliche Gleichstellung der Frau

In den Jahren 1914 bis 1918 erlangte die weibliche Bevölkerung an der Heimatfront mehr und mehr Bedeutung, indem sie einerseits als Arbeitskräfte in den zuvor von Männern dominierten Berufen arbeitete und sich andererseits in hohem Maße an der Kriegsfürsorge beteiligte. Nach dem Krieg mussten sie ihre Arbeitsplätze häufig zu Gunsten der heimkehrenden Soldaten wieder verlassen. Damit war der soziale Reintegrationsprozess der 8 Mio. Veteranen in hohem Maße mit der Revision des kurzfristigen, emanzipatorischen Fortschritts verbunden. Dennoch blieb die tragende Rolle der Frauen in Kriegszeiten im kollektiven Gedächtnis der Bevölkerung bestehen und hatte langfristig positiven Einfluss auf die Emanzipationsbewegung. Bestätigt wird dies durch das 1919 eingeführte Frauenwahlrecht.



Plakat der Frauenbewegung zum Frauentag am 8. März 1914: „Heraus mit dem Frauenwahlrecht“

...den betrieblichen Interessensausgleich

Im Laufe der Industrialisierung nahm der Bevölkerungsanteil der Arbeiterschaft im Deutschen Reich erheblich zu. Um ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt und innerhalb der Klassengesellschaft zu verbessern, organisierten sie sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts in Gewerkschaften und Vereinen und strebten einen betrieblichen Interessensausgleich mit dem Unternehmertum an. Das Vorhaben der fast 3 Mio. Gewerkschaftsmitglieder scheiterte jedoch zunächst an der sogenannten „Herr im Haus“-Mentalität und konnte erst im Ersten Weltkrieg durchgesetzt werden. Die für die Fortführung des Krieges notwendige Optimierung der Industrie erforderte eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, sodass diese im Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst am 2. Dezember 1916 erstmals als Arbeitnehmervertretung anerkannt wurden. Damit einher ging die Bildung von Arbeiter- und Angestelltenausschüssen, die fortan ihre Rechte gegenüber den Arbeitgebern einfordern konnten. Fixiert wurde dieses noch heute gültige Prinzip in Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung.



Feldpostkarte mit Zitat von Wilhelm I.: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche.“ (Kreismedienzentrum Bad Kreuznach)

...die Erneuerung des politischen Systems

Am Ende des 19. Jahrhunderts stieg die SPD zur Massenpartei auf und stellte 1912 neben der Zentrums- und Sozialdemokratischen Partei die Mehrheit im Reichstag. Dennoch verblieb sie in der Opposition und erhoffte sich – nicht zuletzt durch die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 – aus ihrer politischen Außenseiter-Rolle herauszutreten. Ideologisch stand sie der Arbeiterschaft nahe und unterstützte deren Demonstrationen gegen den andauernden Krieg. In der Novemberrevolution forderten streikende Arbeiter in Berlin eine „durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland.“



Die Ausrufung der Republik durch Scheidemann (Foto: Erich Greifer)

Zu diesem Zweck sollte u. a. das politische Mitspracherecht der Arbeiter garantiert, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit und das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden. Mit der Errichtung der parlamentarischen Demokratie wurde diesen Forderungen auf der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar wenig später Rechnung getragen.



Weitere Informationen finden Sie in unseren Themenportalen www.erster-weltkrieg-rlp.de und www.demokratiegeschichte.eu

